

Problematisches Phänomen?

Zur Politisierung von Wissenschaft durch Social Media

| KATHARINA KLEINEN-VON KÖNIGSLÖW | **Digitale Netzwerkplattformen bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern niedrigschwellige Vernetzungsmöglichkeiten weit über ihre eigene Fachcommunity hinaus. Über Chancen und Risiken.**

Seit Beginn der Pandemie wachsen die Bedenken, dass das Engagement der Wissenschaft in den Sozialen Medien (treffender: auf digitalen Netzwerkplattformen) die Politisierung der Wissenschaft verstärken könnte. Dabei handelt es sich bei der Politisierung von Wissenschaft weder um ein neues noch ein per se problematisches Phänomen, gerade in der heutigen Wissensgesellschaft. Der Begriff beschreibt zunächst nur die Verknüpfung von wissenschaftlichen Themen und Erkenntnissen mit politischen Fragestellungen und Handlungen. Die Politik greift zur Legitimation ihrer Entscheidungen auf wissenschaftliche Expertise zurück, dafür beruft sie Expertinnen und Experten in Beratungsgremien und gibt wissenschaftliche Gutachten in Auftrag. Problematisch wird diese Politisierung, wenn die wissenschaftliche Logik der politischen Logik untergeordnet wird, sich etwa die Auswahl der Expertise an politischen Zielen und nicht an wissenschaftlichen Qualitätskriterien orientiert;

AUTORIN



Katharina Kleinen-von Königslöw ist Professorin für Kommunikationswissenschaft, insbesondere digitalisierte Kommunikation und Nachhaltigkeit, an der Universität Hamburg.

es sich also um eine *Instrumentalisierung* der Wissenschaft durch die Politik handelt. Denn mit der schwindenden wissenschaftlichen Unabhängigkeit nimmt auch die wissenschaftliche Qualität ab, was sich wiederum mittelfristig auf das Vertrauen in die Wissenschaft auswirkt und damit auf die Möglichkeiten der Politik, für die

»Wer auf den Plattformen eine hohe Sichtbarkeit erreichen will, muss sich an deren Logiken und Affordanzen anpassen.«

Akzeptanz ihrer Maßnahmen mit deren wissenschaftlicher Rationalität zu werben.

Aber inwieweit verstärken digitale Netzwerkplattformen nun diese Politisierung von Wissenschaft?

Erleichterter Zugang zu Politik und Öffentlichkeit

Die Plattformen bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern niedrigschwellige Vernetzungsmöglichkeiten weit über ihre eigene Fachcommunity hinaus. Jeder kann mit der eigenen Forschung auch die Aufmerksamkeit der Politik, der Medien oder der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Dadurch ist die Vielfalt der heute im öffentlichen Raum sichtbaren wissenschaftlichen Stimmen größer, jünger und bunter als in den offiziellen Beratungsgremien der Politik, nicht immer zur Freude der etablierten Kolleginnen und Kollegen. Dennoch lösen sich die bestehenden

Hierarchien und Machtstrukturen zwischen Institutionen wie Universitäten und Fachhochschulen, Fächern, Geschlechtern und auch Ethnien keineswegs auf, sie werden lediglich durchlässiger. Gerade in Konfliktfällen, also bei politisierten wissenschaftlichen Debatten, sind etwa Frauen und People of Color stärker persönlichen Angriffen ausgesetzt und werden wieder aus dem digitalen Raum verdrängt.

Aus Sicht der Politik erleichtern die Plattformen die Suche nach wissenschaftlicher Expertise – und vor allem auch die Suche nach Expertise, die zu den eigenen politischen Positionen passt und ihnen wissenschaftliche Legitimation verleiht. Ähnlich verfahren die Bürgerinnen und Bürger, die sich aus dem vielfältigen Angebot

von wissenschaftlichen Erkenntnissen diejenigen raussuchen können, die am besten zu ihren Erwartungen und Ansichten passen – auch weil eine eigenständige Bewertung von deren wissenschaftlicher Qualität auf Basis der auf den Plattformen spärlich verfügbaren Informationen kaum zu leisten ist.

Anpassung an die Plattformlogiken: Zuspitzung und Beschleunigung

Wer auf den Plattformen eine hohe Sichtbarkeit erreichen will, muss sich an deren Logiken und Affordanzen anpassen – was wiederum mit einer Politisierung der Wissenschaft einhergehen kann: Je stärker Ergebnisse zugespitzt und je enger sie mit politischen Positionen verknüpft werden, desto eher die Chance „viral“ zu gehen, d.h. innerhalb kürzester Zeit von sehr vielen Netzwerkmitgliedern geteilt oder kommentiert zu werden. Auf den meisten Platt-



Foto: mauritius-images

formen belohnt der Algorithmus Emotionalität und Kontroverse, weil sie die Aufmerksamkeit der Nutzenden und diese damit an die Plattform binden.

Digitale Plattformen zwingen zudem allen Nutzenden ihre eigene zeitliche Logik auf, und das ist die der Unmittelbarkeit. Bürgerinnen und Bürger erwarten dort von Medien und Politik eine Einordnung der Ereignisse und politische Lösungsvorschläge, bevor der Knall des letzten Silvesterböllers verhallt ist. Ein ähnlicher Druck wird gegenüber der Wissenschaft aufgebaut, die dank neuester datenanalytischer („KI“-)Methoden und PrePrint-Servern ungleich schnellere (und gerne auch hübscher anzusehende) Antworten liefern kann als früher. Aber sie nimmt damit Qualitätsverluste in Kauf und wachsende blinde Flecken dort, wo keine Daten auf die Schnelle verfügbar sind.

Polarisierung und Solidarisierung: die Selbst-Politisierung der Wissenschaft

Die Plattformen verstärken auch die Selbst-Politisierung der Wissenschaft, indem sie eigene politische Aktivitäten erleichtern bzw. deren Sichtbarkeit erhöhen. (Fach)politische Konflikte und Machtkämpfe werden nun in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Hier lassen sich in der Wissenschaft dieselben dysfunktionalen Dynamiken beobachten wie in der Gesellschaft insgesamt: Das Problem sind weniger die (Filter-)Blasen oder Echokammern der Gleichgesinnten, sondern die Konfrontation mit ge-

genläufigen Denkströmungen, Methoden und Erkenntnissen anderer Disziplinen und Schulen auf den Plattformen. Es ist dann die gemeinsame Aufregung über die „Anderen“, die mitunter im Strudel der digitalen Enthemmung zu immer aggressiveren Handlungen und einer Radikalisierung der eigenen Ansichten führen kann.

Gleichzeitig werden dadurch aber auch lange bestehende Schieflagen und Ungerechtigkeiten in der Wissenschaft offengelegt: Betroffene von Diskriminierung, sexueller Belästigung oder ausgedehnter Prekarität vernetzen sich miteinander, erleben (im Idealfall) die Solidarität anderer, machen missbräuchliches Verhalten (wie auch schlechte wissenschaftliche Praxis) sichtbar und drängen auf strukturelle, politische Lösungen.

Mitunter reicht das politische Engagement weit über das Wissenschaftssystem hinaus und richtet sich z.B. auf die Klimakrise, die Eindämmung der Pandemie oder die „Rettung“ der deutschen Sprache vor der „Gender-Ideologie“. Für die Öffentlichkeit ist dabei oft nicht klar, ob die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ihrer eigenen Expertise heraus argumentieren oder als engagierte Bürgerinnen und Bürger. Dadurch verstärkt das politische Engagement der Wissenschaft den Eindruck, dass die Wissenschaft sich zunehmend politisiert.

Demokratisierung der Wissenschaft als Folge der Politisierung?

Insgesamt verstärken digitale Netzwerkplattformen also tatsächlich die Politisierung der Wissenschaft, vor allem aber erhöhen sie deren Sichtbarkeit. Gerade dadurch kann das wissenschaftliche Engagement auf den Plattformen aber auch zu einer Demokratisierung der Wissenschaft führen, in dem die Wissenschaft vielfältiger wird, sich in ihren Forschungsthemen stärker an deren Relevanz für die Bürgerinnen und Bürger und dem Gemeinwohl orientiert und durchaus auch, indem sie sich politisch engagiert. Voraussetzung dafür ist aber ein verantwortlicher Umgang mit den digitalen Plattformen. Dazu gehört ein gewisser Widerstand gegen die Netzwerklogiken von Zuspitzung und Beschleunigung zugunsten der wissenschaftlichen Qualität, weniger Rudelbildung und mehr Respekt gegenüber der Arbeit anderer Disziplinen, aber vor allem ein transparenter Umgang mit den Grenzen der eigenen Fachexpertise und dem politischen Engagement als Bürgerin bzw. Bürger.

Anzeige

**Führungs-, Karriere- und
Persönlichkeitscoaching**

in Wissenschaft, Forschung
und Lehre

THOMAS RÖMER
www.team-roemer.de/res

